

Federführung: Bürgermeister Sachbearbeiter: Thomas Schäfer	Datum: 02.10.2019 AZ: 543.11:Helfer vor Ort
---	--

Beratungsfolge	Termin		
Gemeinderat		öffentlich	Beschluss

Gegenstand der Vorlage

Hilfsfristen im Rettungsdienst | Zunahme der Einsätze der "Helfer-vor-Ort"

Sachverhalt:

Die Hilfsfristen im Rettungsdienst sind zu Recht immer wieder Thema im Hemminger Gemeinderat. Zwischenzeitlich wurde die in Aussicht gestellte Rettungswache in Vaihingen-Enzweihingen in Betrieb und dieses zum Anlass genommen, aktualisierte Zahlen über die Einsätze des Rettungsdienstes mit Notarzt-Einsatzfahrzeug und Rettungswagen in Hemmingen abzufragen.

Die Auswertung der Integrierten Leitstelle für das 1. Halbjahr 2019 zeigt, dass ein Viertel der Einsätze des Notarztes von Enzweihingen gefahren wurde und dieser im Schnitt innerhalb von 7,7 Minuten vor Ort war.

Auch wurden 20% der Einsätze des Rettungswagens von Enzweihingen aus bedient.

Diese Entwicklung ist erfreulich und zeigen, dass strukturelle Änderungen die gewünschten Verbesserungen bei der Hilfsfrist ermöglichen und die in §3 Abs. 2 des Rettungsdienstgesetzes von Baden-Württemberg geforderten Hilfsfristen annähernd erreicht werden („Im bodengebundenen Rettungsdienst ist bei der Notfallrettung die Zeit vom Eingang der Notfallmeldung in der Integrierten Leitstelle bis zum Eintreffen der Hilfe am Notfallort an Straßen (Hilfsfrist) maßgebend. Die Hilfsfrist soll aus notfallmedizinischen Gründen möglichst nicht mehr als 10, höchstens 15 Minuten betragen“).

Darüber hinaus hat sich der DRK Ortsverband bereit erklärt, in das „Helfer-vor-Ort-System“ einzusteigen und hat nun mehrere Mitglieder der Bereitschaft ausgebildet. Diese werden, wie uns vom DRK eindrücklich geschildert wurde, häufig alarmiert. Die Auswertung der Leitstelle zeigt ebenfalls, dass es im 1. Halbjahr 2019 bereits 141 Einsätze waren.

Diese Einsatzbereitschaft ist bemerkenswert und von hohem ehrenamtlichen Engagement getragen. Darüber hinaus werden diese Einsätze von keinem Kostenträger oder versorgten Patienten übernommen, so dass der DRK Ortsverband für verbrauchte Materialien etc. eintreten muss.

Hier hat der Gemeinderat ja in der Vergangenheit bereits die Bereitschaft signalisiert, diesen Aufwand zu tragen.

Diese immense Steigerung bei den Einsätzen der Helfer-vor-Ort wurde zum Anlass

genommen, das Innenministerium um eine Stellungnahme zu bitten.

Ein Antwortschreiben des Staatssekretärs im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration liegt dieser Vorlage bei.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme

Finanzierung:

Letzte Beratung:

VA 12.06.2019

Anlagenverzeichnis:

Auswertung Integrierte Leitstelle, Einsätze im 1. Halbjahr 2019
Schreiben Staatssekretär Klenk, Innenministerium